

Änderungsantrag

**der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der SPD**

zu dem Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/2552

Bildungspolitik muss in der Verantwortung des Landes bleiben

Der Landtag wolle beschließen,

Abschnitt II des Antrags der Fraktion der CDU – Drucksache 15/2552 – wie folgt zu fassen:

- „1. die Bundesregierung aufzufordern, aufgrund der stark gewachsenen Aufgaben im Bildungs- und Hochschulpolitischen Bereich die Umsatzsteuerbeteiligung der Bundesländer um 1 % zu erhöhen;
2. eine untergesetzliche Regelung anzustoßen, um sich beispielsweise im Hochschulbereich für eine Anhebung der Obergrenzen beim Hochschulpakt, eine Erhöhung der jährlichen Kompensationsmittel des Bundes für den Wegfall der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau, eine Erhöhung des Bundesanteils an der Finanzierung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes sowie eine Erhöhung der Mittel, die der Bund der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Gewährung von Projektpauschalen zur Verfügung stellt, einzusetzen und im Gegenzug eine Selbstverpflichtung der Länder in Form eines Staatsvertrags anzustoßen, um die freiwerdenden Mittel der Länder für eine verbesserte Grundfinanzierung der Hochschulen einzusetzen und sich im Bereich frühe und allgemeine Bildung für eine Beteiligung des Bundes an den Investitionskosten zur Herstellung von Barrierefreiheit zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (Inklusion) und am Ausbau des Angebots an Ganztagschulen sowie eine dauerhafte Finanzierung durch den Bund im Bereich der Schulsozialarbeit (Hilfen zur Erziehung im Sinne von § 27 Sozialgesetzbuch VIII) einzusetzen;
3. dem Landtag bis 30. Juni 2014 über die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der Landesregierung zu berichten.“

06. 03. 2013

Sitzmann, Dr. Schmidt-Eisenlohr
und Fraktion

Schmiedel, Rivoir
und Fraktion

Eingegangen: 06. 03. 2013 / Ausgegeben: 07. 03. 2013